

## Interpellation zu den Auswirkungen der GATS-Verträge auf die Stadt Liestal

Das Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (General Agreement on Trade in Services [GATS]) ist eine der wichtigsten Vereinbarungen, die gegenwärtig in der Welthandelsorganisation (WTO) neu verhandelt werden. Das GATS schafft die Grundlage für eine permanente Liberalisierung des Dienstleistungsbereichs. Alle Basisdienstleistungen, die für den sozialen Zusammenhalt wichtig sind und zu denen alle freien Zugang haben müssen, sind vom GATS betroffen:

**Gesundheit, Bildung, Energieversorgung, Luft, Wasser, Transporte, Öffentlicher Verkehr, Post, Telekommunikation, Kultur und Freizeit, Abfallwirtschaft, Alterspflege usw.**

Das GATS gilt vom Bund über die Kantone bis zu den Gemeinden; es ist für alle Verwaltungsebenen verpflichtend. **Kantone und Gemeinden sind also direkt betroffen.** Das GATS stellt das Subsidiaritätsprinzip in Frage, indem es namentlich die Möglichkeit der lokalen Behörden einschränkt, im Dienstleistungsbereich eine eigenständige Politik zu betreiben. Die zwingende Gleichbehandlung von lokalen und ausländischen Anbietern (Prinzip der "Inländerbehandlung") macht Regionalpolitik oder die Förderung von Nahversorgung unmöglich.

Ein Grundproblem bei WTO-Verhandlungen ist die fehlende oder mangelhafte Information. Es ist beispielsweise wenig bekannt über die Begehren, die andere Länder an die Schweiz gestellt haben.

Noch gravierender ist das den WTO-Verhandlungen eigene Demokratiedefizit. Dadurch, dass die Verhandlungen streng geheim und abgeschirmt von der Öffentlichkeit stattfinden, wird demokratischer Meinungsbildungsprozess unterbunden.

Dies entspricht nicht unserer demokratischen Praxis und muss deshalb grundsätzlich hinterfragt werden.

Verschiedene Gemeinden in aller Welt haben bereits Massnahmen ergriffen, um gegen diese Entwicklung zu protestieren. So hat der Generalrat von Paris die Stadt zur "GATS-freien Zone" erklärt. Auch die Gemeinderäte von Wien und Genua verabschiedeten Resolutionen, die den Abbruch der GATS-Verhandlungen fordern. Insgesamt haben sich in Österreich und in Frankreich bereits mehr als 900 Gemeinden zur GATS-freien Zone erklärt, in der Schweiz sind es inzwischen mehr als 80 Gemeinden (darunter die 3 grössten Städte Basel, Zürich und Genf). Aus unserem Kanton haben sich die Gemeinden Ormalingen und Hölstein ebenfalls zur GATS-freien Gemeinde erklärt.

Mit der Erklärung zur GATS-freien Zone werden folgende Forderungen verbunden:

- keine Ausweitungen des GATS, ein Moratorium für weitere GATS-Verhandlungen, bis dessen Folgen besser abschätzbar sind.
- vom Bundesrat die Offenlegung der Verhandlungspunkte verlangen.

**Wir bitten den Stadtrat, folgende Punkteabzuklären und dem Einwoherrat darüber zu berichten:**

- **Welche direkten und indirekten Auswirkungen haben nach bisherigem Kenntnisstand des Bundes die Gats-Verhandlungen auf alle Dienstleistungs- Bereiche, welche die Stadt Liestal wahrnimmt? Und welche Auswirkungen haben sie auch auf jene Aufgaben, welche durch Dritte in einem Leistungsauftrag der Stadt erbracht werden?** (Bildung, ausserfamiliäre Betreuung, Wasser, Kommunikationsdienstleistungen, Altersheim, Strassenbau, OeV, Sozialdienste, Jugendarbeit, städtische Betriebe etc. )
- **Inwiefern kann die Gemeindeautonomie bei der Sicherstellung der Basisdienstleistungen untergraben werden?**
- **Ist der Stadtrat aufgrund seiner Kenntnisse bereit, sich der Kampagne für eine GATS-freie Zone anzuschliessen.**

Liestal, den 20. Januar 2006.

Im Namen der Grünen Fraktion

Jürg Holinger

Astrid Basler

